



## **Dringlicher Antrag**

### **der Grünen-ALG**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 16. Juni 2016

von

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Andrea Pavlovec-Meixner**

#### **Betrifft: Verzicht auf Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden**

In Niederösterreich wird bereits seit rund 6 Jahren auf den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden an öffentlichen Straßen, Geh- und Radwegen verzichtet. Das Land Steiermark ist nun gefolgt und wird aufgrund der aktuellen Diskussion über die Gesundheitsgefährdung durch Glyphosate auf die Anwendung von Herbiziden im Bereich von Straßen künftig gänzlich verzichten. Die Asfinag hat bereits Alternativen bei Autobahnstationen getestet und die Österreichischen Bundesbahnen, die zur Freihaltung der Schienenwege gesetzlich verpflichtet sind, führen in Kooperation mit einer Umweltorganisation Versuche mit Alternativen durch. Auch Baumarktketten wie Obi, Hornbach und Bauhaus haben glyphosathaltige Produkte ausgelistet. Anfang Juni ist eine Neuzulassung von Glyphosat in der EU vorerst gescheitert, zahlreiche Staaten, darunter auch Österreich, hatten sich der Stimme enthalten. Nun soll die EU-Kommission bis Ende des Monats entscheiden. Auch eine Verlängerung der Zulassung steht im Raum.

Glyphosat ist nach wie vor der weltweit am häufigsten eingesetzte Wirkstoff zur „Unkrautbekämpfung“. Er wird über grüne Pflanzenteile aufgenommen und über den Saftstrom in der ganzen Pflanze verteilt. Glyphosat wird gegen unerwünschte Beikräuter auf landwirtschaftlichen Flächen (Acker-, Wein- und Obstbau, Wiesen und Weiden), im Wald, auf Kommunalflächen (Plätze, Parks), in Haus- und Kleingärten (Rasen, Wege), an Friedhöfen sowie auf Straßenrändern und Bahndämmen verwendet. Glyphosat wird häufig mit Tallowaminen als Zusatzstoff kombiniert. Diese erhöhen die Wirksamkeit und Toxizität von Glyphosat. Die Zusatzstoffe eines Herbizids sind in den Produktdatenblättern und teilweise auch auf den Verpackungen aufgelistet.

Die Internationale Agentur für Krebsforschung der WHO kommt nun (März 2015) nach zahlreichen Untersuchungen zu dem Schluss, dass Glyphosat „als wahrscheinlich krebserregend“ einzustufen ist.

Auch trägt der Einsatz von Glyphosat Mitschuld an der Abnahme von Blühpflanzen. Diese wiederum werden aber unbedingt als Nahrung für Bienen und andere Bestäuberinsekten gebraucht.

Während die Stadt Graz in Schutzgebieten laut Auskunft der Holding Graz kein Glyphosat ausbringt, wird das Herbizid im öffentlichen Raum laut Frage-Beantwortung vom Frühjahr 2015 nach wie vor, wenn auch in reduzierten Mengen, eingesetzt. Aus der Bevölkerung kommen darüber hinaus laufend Hinweise über den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auch durch nicht kommunale Institutionen entlang der Randzonen von Schul- und Bezirkssportplätzen und auf Friedhöfen. Auch die TU Graz setzt Glyphosat gegen unerwünschten Bewuchs der Randzonen - z.B. im Bereich Inffeldgasse - ein, möchte nun aber Alternativen prüfen.

Aus Gründen des Schutzes der Umwelt, der Biodiversität und der Gesundheit des Menschen ist es dringend geboten, den Einsatz von Glyphosat ganz zu beenden.

Zu Herbiziden wie Glyphosat gibt es u.a. folgende Alternativen:

- Nicht-chemische Unkraut-Bekämpfung auf Wegen und Plätzen kann durch thermische Verfahren (mit Flämmgeräten, Heißwasser oder Heißdampf) oder mechanische Verfahren (mit speziellen Geräten) erfolgen.
- Nutzung von anderen Herbiziden mit weniger ungünstigen Umwelteigenschaften wie z.B. Finalsan.
- Schaffung von Blumenwiesen statt Rasenflächen, die keine Behandlung mit Herbiziden erfordern.

Aus all den genannten Gründen sollte die Stadt Graz sich in Form einer freiwilligen Selbstbindung verpflichten, bei der Pflege kommunaler Grünflächen auf die Verwendung von glyphosathaltigen Herbiziden zu verzichten und auch andere Institutionen sowie die Bevölkerung durch Informationsarbeit zu einem Verzicht zu bewegen.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz weist auf die potentielle Gesundheitsgefährdung durch glyphosathaltige Herbizide hin und spricht sich gegen deren künftige Verwendung aus.**

2. Der zuständige Stadtrat, Dr. Gerhard Rüscher, wird aufgefordert, die Holding Graz zu ersuchen, die Entscheidung des Landes Steiermark zum Anlass zu nehmen, künftig die Verwendung von glyphosathaltigen Herbiziden zu überdenken.
3. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, Informationsmaßnahmen über Glyphosat und andere chemische Herbizide in der Gemeinde über die stadteigenen Medien (BIG, Website, facebook) durchzuführen. Damit soll das Bewusstsein über die gesundheitlichen Gefahren und die umweltschädlichen Wirkungen auf Pflanzen und Bestäuberinsekten von Herbiziden erhöht werden. Auch private GrundeigentümerInnen und LandwirtInnen sollen dazu bewegt werden, auf die Verwendung von Herbiziden insb. mit dem Inhaltsstoff Glyphosat zu verzichten.